

Buch des Monats der Landschaftsbibliothek Aurich

Räterepublik oder parlamentarische Demokratie?

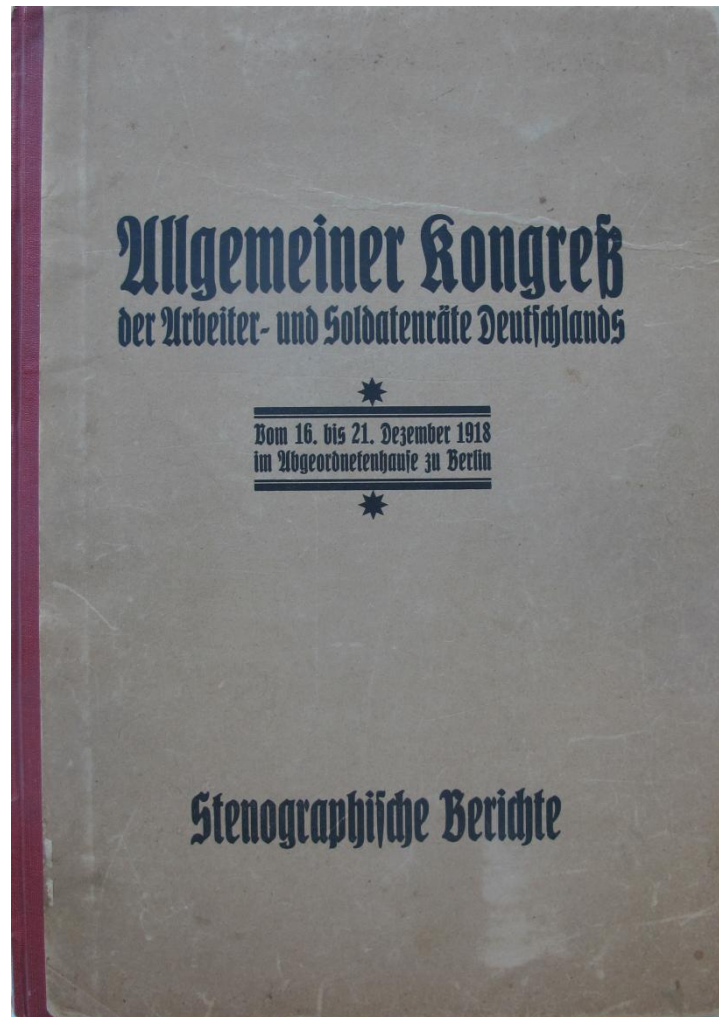
*Allgemeiner Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands
vom 16. bis 21. Dezember 1918, Berlin 1919*

„Die Zeit war eben da, es ging nicht mehr so weiter, das alte System hatte abgewirtschaftet und mußte Neuem Platz machen.“ So beschreibt Robert Leinert die Novemberrevolution 1918 schon Ende Januar 1919. Die gerade erst erfolgte Abdankung des Kaisers war schon Geschichte, jetzt ging es darum, wie der neue Staat aussehen sollte. Leinert war der Vorsitzende des Allgemeinen Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, der vom 16. bis 21. Dezember 1919 im preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin tagte. Das Zitat entstammt dem stenographischen Bericht der Verhandlungen des Kongresses, den der Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands anschließend im Februar 1919 im Selbstverlag herausgab. Diesen schmalen, in nüchternem Braun gehaltenen Band stellt die Landschaftsbibliothek als Buch des Monats vor. Das etwas über DIN A4-Format hinausreichende, im Admiralstab der Marine erstellte Buch weist durch seine Machart und sein Druckbild aus, dass der Zweck der Dokumentation im Vordergrund stand, Gestaltung und Druckqualität dagegen zweitrangig waren. Formal passt es sich der Form eines parlamentarischen Protokolls an. Neben Rednerverzeichnis, Sachregister Anlagen und Teilnehmerverzeichnis werden auf insgesamt 216 Seiten vor allem die mitstenographierten Inhalte mit drei Schwerpunkten wiedergegeben: Nationalversammlung oder Räteverfassung, Wahl eines Zentralrats der Republik, Sozialisierung des Wirtschaftslebens. Das Buch wurde der Landschaftsbibliothek zum Anlass des 100. Jahrestages der Novemberrevolution als Geschenk vermacht und stammt ursprünglich aus dem Besitz eines alten SPD-Genossen aus Hannover.

Nach dem Kieler Matrosenaufstand und der Bildung eines ersten Arbeiter- und Soldatenrats am 4. November 1918 kam es in Deutschland allerorten zur Bildung von Räten. Ihre wichtigsten Aufgaben waren die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, die Lebensmittelversorgung und die Kontrolle von Militär und Behörden. Am 10. November 1918 wurde in Berlin mit dem sozialdemokratisch dominierten Rat der Volksbeauftragten mit Friedrich Ebert an der Spitze für drei Monate eine provisorische Regierung gebildet. Der zu ihrer Kontrolle am Tag darauf entstandene Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte lud für dann für den 16. bis 21. Dezember 1918 zu dem Reichskongress ein. Organisatoren und Teilnehmer waren sich der historischen Bedeutung des ersten nationalen „Revolutionsparlaments“ bewusst, deshalb wurden unmittelbar anschließend auch die stenographischen Berichte publiziert, damit man die Ergebnisse möglichst schnell und weitläufig verbreiten konnte.

Unter den etwa 500 im Teilnehmerverzeichnis aufgeführten Delegierten werden sechs Mandatsträger für die drei Wahlbezirke Oldenburg (einschließlich Ostfriesland), Emden und Marine, Nordsee, Wilhelmshaven aufgeführt: An der Spitze der Delegierten stand Bernhard Kuhnt, seit dem 10. November Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats Wilhelmshaven. Er rief die nie Wirklichkeit gewordene sozialistische Republik Oldenburg/Ostfriesland aus. Als Oldenburg am 11. November 1918 zum Freistaat erklärt wurde, erhielt Kuhnt das Amt des Präsidenten. Als solcher trat er beim Kongress in Berlin auf. Vor diesem Hintergrund ist erklärbar, dass die weiteren Delegierten für Ostfriesland und Wilhelmshaven ebenfalls dem Wahlbezirk Oldenburg zugerechnet wurden. waren Dr. phil. Friedrich Marcus vertrat als dessen erster Vorsitzender den Arbeiter- und Soldatenrat Aurich und Emil Zimmermann aus Rüstringen kam als Vorsitzender des Landesarbeiterrats für Wilhelmshaven, Oldenburg und Ostfriesland. Der „politisch und gewerkschaftlich“ engagierte Ewald Schmitz aus Varel vertrat den eigenen Wahlbezirk Marine, Nordsee, Wilhelmshaven. Der Borkumer Hugo Schmitz bezeichnete sich als „Agitationsredner“ und war im Bauarbeiterverband organisiert, trat aber für den Wahlbezirk Emden auf. Ein weiterer

Ostfrieße, der Kaufmann Oskar Schulz aus Weener, der „bei verschiedenen Kriegsgesellschaften tätig gewesen“ war, vertrat den Wahlbezirk Hannover. Abgesehen von einer kleinen Einlage von Kuhnt traten diese Delegierten auf dem Kongress nicht als Redner in Erscheinung.



Die stenographischen Berichte geben die Entscheidungen des Kongresses wieder. Das Deutsche Reich sollte eine parlamentarische Demokratie werden und die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 stattfinden. Rätssystem und Einführung einer sozialistischen Republik wurden mehrheitlich abgelehnt. Ein zur Kontrolle der vorläufigen Regierung berufener Zentralrat blieb politisch bedeutungslos und übertrug am 4. Februar 1919 seine Kompetenzen auf die neu gewählte Nationalversammlung. Damit hatten sich die Räte schließlich selber wieder abgeschafft. Nach der Verabschiedung der Weimarer Verfassung lösten sie sich bis zum Ende des Jahres 1919 auf.

Zwar beschied der Kongress auch die Sozialisierung von wichtigen Industrien und die Einführung einer milizähnlichen Volkswehr mit basisdemokratischen Strukturen statt eines stehenden Heeres, aber diese Entscheidungen wurden nie umgesetzt.

Die stenographischen Berichte dokumentieren also einen wichtigen Wendepunkt in der deutschen Geschichte: Auf dem Höhepunkt der Revolution setzt sich die Mehrheits-SPD mit ihrer Ablehnung einer sozialistischen Räterepublik durch, in Deutschland wird die Basis für einen Parlamentarismus auf demokratischer Ebene gelegt und die Teilung der linken Kräfte in Gemäßigte und Radikale wird spätestens hier unübersehbar. Ostfriesland war mit seiner Exklave Wilhelmshaven zwar von Beginn an intensiv in diesen Prozesse mit einbezogen, spielte aber, nachdem die Revolution von Wilhelmshaven ihren Ausgang genommen hatte, keine entscheidende Rolle.

Paul Weßels